

## Niederschrift

### zur 10. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree (Wahlzeit 2019/2024)

Sitzungsdatum	Sitzungsdauer	Sitzungsort
Montag, den 06.04.2020	18.30-21.40 Uhr	Siegfried-Hirschmann-Straße, Aula der Gerhard-Goßmann-Grundschule

#### Anwesenheit

##### Vorsitz

Uwe Koch ,

##### Fraktion DIE LINKE.

Jutta Bargenda , Monika Fiedler , Gerold Sachse , Stephan Wende ,

##### CDU-Fraktion

Gernot Geike ,

##### Bündnis Fürstenwalder Zukunft (BFZ)

Christian Dippe , Thomas Fischer , Kai Hamacher , Iris Jatzek , Nancy Krüger , Sabine Niels ab  
18.39 Uhr,

##### SPD-Fraktion

Juliane Meyer , Elke Wagner ,

##### FDP-Fraktion

Petra Schumann ,

##### Alternative für Deutschland (AfD)

Lars Aulich , Enrico Biagini , Axel Fachtan , Jürgen Gebauer , Rolf Peter Hooge ,

##### Bürgermeister

Matthias Rudolph ,

##### Bündnis 90/Die Grünen

Peter Apitz , Cornelia Behrmann , Bernd Saliter ,

##### Fraktionsloser Abgeordneter

Thomas Apitz ,

##### Verwaltung

Franka Koch ,

##### Gäste:

Personalrat, Frau Meister

MOZ, Herr Miroslavicz

OB Heideland, Herr Hajduk

3 weitere Gäste

##### Abwesend

##### Fraktion DIE LINKE.

Peter-Martin Mattigk entschuldigt,

### **CDU-Fraktion**

Karin Lehmann entschuldigt, Wolfgang Petenati entschuldigt, Jürgen Teichmann entschuldigt,

### **Bündnis Fürstenwalder Zukunft (BFZ)**

Christina Krüger entschuldigt,

### **SPD-Fraktion**

Dr. Dr. Franz H. Berger entschuldigt, Sebastian Rausch entschuldigt,

### **FDP-Fraktion**

Reinhard Ksink entschuldigt,

### **Verwaltung**

Melanie Brückner entschuldigt, Christfried Tschepe entschuldigt, Stefan Wichary entschuldigt,

## **TOP 1 Eröffnung der Sitzung**

Der Vorsitzende eröffnet die 10. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung. Er informiert, dass Frau Anja Miethke zum 31.3.2020 aus der Stadtverordnetenversammlung ausgeschieden ist. Nach Mandatsverzicht von Ronny Klink wird nunmehr Frau Iris Jatzek neue Stadtverordnete. Er bittet sie, ihren Platz in den Reihen ihrer Fraktion einzunehmen.

## **TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit**

Der Vorsitzende stellt die Anwesenheit fest. Es sind 23 Stadtverordnete (ab 18.39 Uhr 24) und der Bürgermeister anwesend.

Zur ordnungsgemäßen Ladung weist der Vorsitzende darauf hin, dass die Sitzung ursprünglich für den 2.4.2020 vorgesehen war. Aufgrund der aktuellen Situation um die COVID 19-Pandemie und aufgrund des Kontaktverbots hat er nach eingehender Prüfung der Tagesordnung feststellen können, dass keine unverzichtbaren oder verschiebbaren TOP anstehen und nach Rücksprache mit einigen (nicht allen) Fraktionen die Sitzung abgesagt. Nach einem Telefonat mit der Kommunalaufsicht hat man sich doch auf die nunmehr vorliegenden, wenigen Punkte verständigt. Die Einladung wurde allerdings zu einem Zeitpunkt versenden, an dem sie nach telefonischer Absprache mit dem Vorsitzenden noch nicht von ihm unterzeichnet war.

## **TOP 3 Feststellung der Tagesordnung**

Die Fraktionen hatten den Wunsch signalisiert, vor Eintritt in die Tagesordnung eine Aussprache über das Einladungsprozedere bzw. die Dringlichkeit dieser Sitzung zu thematisieren. Dem wird hiermit entsprochen, jede Fraktion hat ein 2minütiges Rederecht.

Zunächst spricht der Vorsitzende, Herr Koch. Er geht darauf ein, dass eine solche Situation wie wir sie jetzt vorfinden, nie absehbar und niemand darauf vorbereitet war. Insofern ist dafür auch gesetzlich keine Regelung vorhanden. Er hofft, dass die technischen Möglichkeiten für die nahe Zukunft genutzt werden können.

Zur SVV am 2.4.2020 war eine Tagesordnung in Vorbereitung, die Tagesordnungspunkte duldeten aber angesichts der Lage seiner Auffassung nach Aufschub und so wurde zumindest mit vier Fraktionen gesprochen, die diese Auffassung teilten, die SVV abzusagen. Sein Fehler war, dass er nicht mit allen Fraktionen das Gespräch gesucht hat. Und der Vorwurf, undemokratisch gehandelt zu haben, trifft ihn sehr.

Er verteidigt seine Auffassung und begründet, warum die Tagesordnungspunkte keiner heutigen Entscheidung bedürfen. Er greift noch einmal die Kontaktsperre, die schwierige momentane Situation auf und hofft abschließend, dass nach der heutigen Aussprache alle wieder gemeinsam nach vorne blicken und anfangen, wieder Vertrauen aufzubauen.

BFZ-Fraktion, Frau Nancy Krüger

Die BFZ-Fraktion hat sehr dafür gekämpft, dass die heutige Sitzung stattfindet. Sie warnt davor, in dieser schwierigen Zeit, die Verantwortung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern leichtfertig abzugeben. Sie kritisiert das Agieren des Vorsitzenden, die Fraktion ist ihren

Unmut aber in einem persönlichen Gespräch bereits losgeworden und hat dies geklärt.

AfD-Fraktion, Herr Aulich

Die AfD-Fraktion spricht sich ebenfalls für eine Sitzung mit verkürzter Tagesordnung aus.

CDU-Fraktion, Herr Geike

Er geht auf den Ernst der derzeitigen Lage in unserem Land ein und die Veränderungen in unser aller Leben ein. Die alles entscheidende Frage ist auch das Herunterfahren des öffentlichen Lebens, um die Bevölkerung bestmöglich zu schützen. Das Virus kann jeden treffen und nun geht es darum, auch besonderes die älteren Leute zu schützen. Gleiches gilt für die älteren Mitglieder der SVV bzw. für die Ehepartner und die Familien. Deshalb sollte mit Augenmaß und Sorgfalt in dieser Krise agiert werden. Der Vorsitzende ist dieser Verantwortung nachgekommen und wurde dafür massiv unter Druck gesetzt, bis hin zur Einschaltung der Kommunalaufsicht. Die CDU-Fraktion verurteilt dieses Vorgehen, weil es unverantwortlich und unsolidarisch ist.

Die heutige Tagesordnung lässt keine dringenden Beratungspunkte erkennen und viele andere Kommunalvertretungen haben die Entscheidungen verantwortungsvoll ohne Vollversammlungen hinbekommen. Er zeigt auch die Möglichkeiten von Eilentscheidungen durch den BM und den Vors. der SVV auf oder des Hauptausschusses und fordert eine Abstimmung über die weitere Vorgehensweise der nächsten Wochen.

Fraktion DIE LINKE, Herr Wende

Er geht auf die Facebook-Aufrufe des BM ein, die immer heißen – bleiben Sie zu Hause! Die Fraktion denkt, dass das die richtige Entscheidung auch aller Fachleute ist und die Handlungsmaxime des Vorsitzenden war.

Gleichzeitig muss aber diskutiert werden, wie die Wahrung und Achtung der demokratisch-parlamentarischen Entscheidungsstrukturen stattfindet. Das ist ein zu klärender Diskussionsbedarf. Aber an „bleiben Sie zu Hause“ führt nichts vorbei, es sei denn, es gibt notwendige dringende Entscheidungen. Genau das ist die Krux, denn die Tagesordnung sieht solches nicht vor.

Natürlich ist es wichtig, in engem Kontakt zu bleiben, miteinander zu sprechen, sich abzustimmen. Das aber nicht auf Facebook gegen oder ohne die gewählten Vertreter der Stadtverordnetenversammlung. Sondern vielmehr in einer Fraktionsvorsitzendenrunde oder in einer anderen geeigneten Form.

SPD-Fraktion, Frau Wagner

Die Fraktion sieht es mit der fehlenden Wichtigkeit der Tagesordnung genau wie CDU und LINKE. Damit wird auch Verantwortung übernommen, nämlich in den Bemühungen gesund zu bleiben und den Kontakt zu vermeiden. Auf eine solche Situation, eine Pandemie-Krise weltweit war niemand vorbereitet, und deshalb sollte nur in ganz dringenden Angelegenheiten getagt werden.

Frau Wagner bezieht sich auf das BGB und dort steht, wenn Leistungen nicht erbracht werden können, dürfen sie auch nicht in Rechnung gestellt werden. Damit erledigt sich die Diskussion um die ersten beiden TOP.

Bündnis 90/Die Grünen, Herr Apitz

Er geht darauf ein, dass das Selbstverständnis und Demokratieverständnis zu kritisieren ist. In vielen anderen Bereichen und systemrelevanten Berufen wird auch weitergearbeitet, um die Gesellschaft aufrecht zu erhalten. Ein wichtiges Element dabei ist auch die Kommunalvertretung in einer solchen schwierigen Zeit, tagt und Entscheidungen trifft. Dies natürlich unter den besonderen Bedingungen, die im Land in den nächsten Tagen bestätigt werden (Gesetz zur Sicherstellung der Handlungsfähigkeit der brandenb. Kommunen in außergewöhnlicher Notlage).

FDP-Fraktion, Frau Schumann

Sie geht auf das Versammlungs- und Kontaktverbot, eine neue Situation, eine bedrohliche von Angst und Existenzängsten geprägte Zeit ein. Für sie ist die Teilnahme deshalb nicht selbstverständlich und die Entscheidung darüber muss jeder aufgrund seines Gesundheitszustandes selbst treffen. Politisch ist es aber wichtig, auch in schweren Zeiten für die Stadt Handlungsfähigkeit zu si-

chern. Insofern hatte sich die FDP-Fraktion u.a. auch dafür ausgesprochen, keine Sitzung durchzuführen. Vorher hieß es jedoch, dass der HA und die SVV tagen werden.

Sie erwartet zukünftig, dass besonders in Krisenzeiten, eine klare und abgestimmte Ansage von den Verantwortlichen gegenüber den Stadtverordneten erfolgt. Im Umgang miteinander wünscht sie sich, dass große Debatten, Machtkämpfe, persönliche Statements über soziale Medien weder verletzend noch die Persönlichkeit angreifend geführt werden. Die eigene Meinung – ja, aber sachlicher und zielführender. Es kostet Zeit und Nerven.

Thomas Apitz, fraktionslos

Er staunt, wie leichtfertig das Funktionieren ausgerechnet parlamentarischer Institutionen von einigen Parteien über Bord geworfen wird. Außerdem werden die verteilten Schutzmaßnahmen wie Mundschutz und Handschuhe heute leider nur von ganz wenigen genutzt.

DIE PARTEI wird alles dafür tun, dass die Institution erhalten und arbeitsfähig bleibt.

## **TOP 4      Behandlung der Tagesordnung des öffentlichen Teils der Sitzung**

### **TOP 4.1    Beschluss über das temporäre Nichterheben von Kitaentgelten gemäß 7/DS/152 Elternbeitragsatzung der Stadt Fürstenwalde/Spree**

Der Bürgermeister macht deutlich, dass man den Familien gegenüber ein politisches Statement und ein Signal geben müsse und zwar an diejenigen, die gerade ihre Kinder nicht betreuen lassen dürfen oder aber notbetreuen lassen müssen, weil sie ihren Berufen nachgehen.

Deshalb sollten so war man sich einig, die Beiträge ausgesetzt werden. Aber ein Aussetzen ist kein Erlass und die Eltern wollen eine Sicherheit, dass sie im Mai nicht das Doppelte bezahlen müssen. Es ist mit einem Änderungsantrag auch möglich, den Vorschlag der Verwaltung zu erweitern auf alle Eltern, vor allem auch an die, deren Kinder sich in der Notbetreuung befinden.

Herr Wende versteht den Ansatz und die Überlegungen. Aber er versteht nicht, warum dieses Signal erst jetzt und nicht über eine Eilentscheidung schon längst realisiert wurde. Die Familien warten darauf und vorab ein Telefonat mit den Fraktionsvorsitzenden wäre in diesen Zeiten, in denen man auf Sicht fährt, mit einander zu reden, durchaus möglich gewesen.

Herr Wende formuliert für die Links-Fraktion den Änderungsantrag, den Erlass von Kitaentgelten auch für die Notbetreuung anzuwenden.

Herr Fachtan findet es richtig, die Eltern von den Beiträgen zu befreien. Ihm fehlen allerdings die Aussagen darüber, welche wirtschaftliche Größenordnung zu entscheiden ist. Als nicht ganz so dringend, sieht er die Lösung für die Eltern in Notbetreuung, da diese möglicherweise mit dem Gehalt eine Subventionierung erfahren werden.

Der Bürgermeister trägt die Voraussetzungen vor, die ihn nur in dringenden Fällen erlaubt, eine Eilentscheidung zu treffen (... deren Erledigung nicht bis zu einer vereinfacht einberufenen Sitzung der Gemeindevertretung oder des Hauptausschusses aufgeschoben werden kann ...). Für eine Eilentscheidung gab es also überhaupt keinen rechtlichen Spielraum.

Er erklärt auch den Unterschied zwischen Nichterhebung und Erlass deutlich.

Da es keine Zahlen über die Notbetreuung bei den freien Trägern gibt, rechnet er vor, dass ähnlich wie bei den städt. Einrichtungen sein könnte 6 bis 7 % der üblichen betreuten Kinder werden derzeit notbetreut. Bei den freien Trägern 2/3 aller betreuten Kinder betreut werden während in den kommunalen Kitas 1/3 betreut wird, redet man von ca. 4.000 €, die derzeit zu erheben wären, für die Kinder, die in der Notbetreuung sich befinden, sollte man mit 12.000 bis 20.000 € rechnen.

Der Vorsitzende lässt den weiterführenden Antrag, der von der Fraktion DIE LINKE und der BfZ-Fraktion getragen wird und den Erlass für alle Kinder (auch Notbetreuung) beinhaltet, abstimmen.

### **Beschluss:**

Der Bürgermeister wird beauftragt, während des zur Eindämmung des neuartigen Coronavirus SARS-CoV-2 (COVID-19) bestehenden Verbots des Betriebs von Kindertageseinrichtungen in den von der Stadt getragenen Kindertagesstätten keine Elternbeiträge nach der Elternbeitragsatzung der Stadt Fürstenwalde/Spree für die Inanspruchnahme von kommunalen Kinderbetreuungsleistungen in Kindertagesstätten vom 5. Juli 2018 für den Monat April 2020 und für den Fall, dass die zeitliche Wirkung des Verbot des Betriebs von Kindertageseinrichtungen über den 30. April 2020 hinaus verlängert werden sollte, auch für den jeweils folgenden Monat zu erheben.

**Zustimmung Ja 25 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

### **TOP 4.2 Beschluss über das temporäre Nichterheben von Essengeld gemäß 7/DS/153 Essengeldsatzung der Stadt Fürstenwalde/Spree**

Der Bürgermeister führt aus, dass die Eltern für ihre Kinder, die sich in der Notbetreuung befinden, das Essengeld bezahlen sollen. Noch nicht beantwortet werden kann die Problematik, ob zumindest ein Grundbetrag trotz abbestellten Mahlzeiten entrichtet werden muss. Zur nächsten SVV soll belastbares Zahlenmaterial und die vertragliche Regelung nachgereicht werden.

Bei der nächsten Kita-Essengeldsatzung werden die tatsächlichen Anwesenheiten des Vorjahres berücksichtigt. Je nach Anwesenheitszeiten werden die Essengelder für die kommende Erhebungszeit berechnet. Wenn nun ein Monat abzuziehen ist, würde die Pauschale also sinken. Eine Variante wäre, keine Essengeldpauschale für alle nichtbetreuten Kinder zu erheben und sie zu erlassen. Eine andere Variante beinhaltet, dass für die notbetreuten Kinder die Pauschale zu zahlen ist. Eine dritte Variante, in der nächsten Erhebungsperiode wird die Ausfallzeit dieses Jahres nicht mehr berücksichtigt bei der Berechnung der Pauschale.

Herr Dippe spricht sich dafür aus, konsequenter Weise auch das Essengeld für alle Kinder zu erlassen. Er formuliert einen entsprechenden Antrag und bittet um Zustimmung (Beschlussvorschlag 2 ... die Erhebung des Essengeld für alle Kitas in kommunalen Einrichtungen zu erlassen).

### **Beschluss:**

Der Bürgermeister wird beauftragt, während des zur Eindämmung des neuartigen Coronavirus SARS-CoV-2 (COVID-19) bestehenden Verbots des Betriebs von Kindertageseinrichtungen in den von der Stadt getragenen Kindertagesstätten keine Essengeld-Elternbeiträge in der durch die Satzung über die Versorgung mit Mittagessen in Einrichtungen der Kindertagesbetreuung in Trägerschaft der Stadt Fürstenwalde/Spree vom 31. Januar 2019 bestimmten Höhe zu erheben.

**Zustimmung Ja 23 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0**

### **TOP 4.3 Verordnung über mögliche Verkaufszeiten an Sonn- und Feiertagen aus 7/DS/147 Anlass von besonderen Ereignissen in der Stadt Fürstenwalde/Spree**

Der Bürgermeister betont, dass es sich um eine Angebotsmöglichkeit handelt. Ob sie in Anspruch genommen und ein Exit für die Covid19-Maßnahmen angesetzt werden kann, weiß momentan niemand.

Herr Wende wird gegen die Möglichkeit der Öffnung an Sonn- und Feiertagen stimmen und will das Familienleben der Verkäuferinnen und Verkäufer an erste Stelle setzen.

**Beschluss:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die in der Anlage 1 aufgeführte ordnungsbehördliche Verordnung über verkaufsoffene Sonntage im Jahr 2020 in der Stadt Fürstenwalde/Spree.

**Zustimmung Ja 19 Nein 3 Enthaltung 3 Befangen 0**

**TOP 4.4 Grundsatzbeschluss über die Vorplanung für das Bauvorhaben Geh- und Radweg, zwei Bushaltestellen sowie eine Mittelinsel als Querungsstelle an der L38 Hangelsberger Chaussee 7/DS/111**

Es gibt keinen Diskussions- und Erläuterungsbedarf.

Herr Fischer betont, dass man mit dem Beschluss ein deutliches Zeichen setzt, dass es auch während und nach den derzeitigen schweren Zeiten wieder weitergeht.

**Beschluss:**

Die Stadtverordnetenversammlung billigt die Vorplanung für das Bauvorhaben Geh- und Radweg, zwei Bushaltestellen sowie eine Mittelinsel als Querungsstelle an der L38 Hangelsberger Chaussee (Maßnahme Nr. 466 ST 00 01 055) und beauftragt den Bürgermeister, die für den Ausführungsbeschluss erforderlichen Leistungsphasen 3 bis 5 für die Herstellung des Geh- und Radweges sowie für die Variante 1 für die Mittelinsel (2 Bushaltestellen, Linksabbiegespur, 60 km/h) zu beauftragen.

**Zustimmung Ja 25 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

**TOP 4.5 Ergänzung Ausführungsbeschluss Lindenstraße, 6/DS/794 7/DS/138**

Es besteht kein Erläuterungs- und Diskussionsbedarf.

Die Fachausschüsse empfehlen die Umsetzung der Variante 3 und die lässt der Vorsitzende nunmehr abstimmen.

**Beschluss:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den Ausführungsbeschluss für die Drucksache 6/DS/794 um Variante 3 zu ergänzen.

**Zustimmung Ja 25 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

**TOP 4.6 29. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Fürstenwalde/Spree (Otto-Lilienthal-Straße) hier: Feststellungsbeschluss 7/DS/135**

Es besteht kein Erläuterungs- und Diskussionsbedarf.

**Beschluss:**

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass während der öffentlichen Auslegung keine Stellungnahmen der Öffentlichkeit eingegangen sind. Es wird zur Kenntnis genommen, dass während der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie der Nachbargemeinden Stellungnahmen eingegangen sind. Über alle im Verfahren eingegangenen Stellungnahmen, ersichtlich in der Anlage 1, wird entschieden. Der Abwägungsvorschlag der Verwaltung wird durch Beschluss zum Protokoll der Abwägung.

2. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die 29. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Fürstenwalde/Spree. Die Begründung wird gebilligt.

**Zustimmung Ja 25 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

#### **TOP 4.7 Stellenplanerweiterung 2020**

**7/DS/140**

##### **1. Sachbearbeitung Beteiligungsmanagement**

Der Bürgermeister hatte die Fraktionsvorsitzenden in Kenntnis gesetzt, dass mit den öffentlich-rechtlichen Vereinbarungen mit den @see-Kommunen die Arbeitsbelastung der einzigen Stelle im Beteiligungsmanagement derart hoch geworden ist, dass die Mitarbeitern um die Kündigung der öffentlich-rechtlichen Verträge gebeten hat.

Der politische Raum hätte dies als falsches Signal an die Kommunen verstanden und gebeten, diese Verträge nicht zu kündigen.

Aber das bedeutet, dass an dieser Stelle eine weitere/r Mitarbeiter/in benötigt wird.

So wie übrigens für das Fördermittelmanagement und die Vergabestelle (inkl. der Vertretung).

##### **2. Sachbearbeitung Personal**

Auch in diesem Bereich müsse eine weitere Stelle geschaffen und besetzt werden, um zügig voranzukommen, Beschlüsse umzusetzen und abzuarbeiten.

##### **3. Beauftragter für Mobilität und Umweltmanagement als verwaltungsübergreifende Stabstelle (Teilaufgabe Klimaschutz)**

Der Klimaschutz und die Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes mit allen Facetten war bislang als eine Teilaufgabe im Bereich Bau- und Liegenschaftsmanagement angesiedelt. Die Stelle wäre ggf. 50 % förderfähig. Davon unabhängig ist es dringend und notwendig, alle Chancen zu nutzen und diese Stelle zu besetzen.

Herr Wende meldet sich zuerst zu Worte und kritisiert, dass insbesondere diese Ausführungen nicht bereits in vergangenen Monaten oder in Vorbereitung auf die Haushaltsplanung thematisiert wurden. Seine Fraktion spricht sich vehement für die Erarbeitung eines Nachtragshaushaltes aus, in dem auch die Stellenplanerhöhung einzuarbeiten ist. Wichtig ist es auch, die finanzielle Ausstattung der Stellen darzulegen, da offensichtlich nicht einmal die Mittel dafür ausreichen, die Ortsteilemittel aufzustocken.

Außerdem prognostizierte der Bürgermeister Gewerbesteuermindereinnahmen in beachtlicher Größenordnung. Das sind alles Dinge, die möglicherweise sogar zu einem Haushaltssicherungskonzept führen. Vorher muss die Verwaltung selbst prüfen, wie die Aufwendungen reduziert werden können (Verzicht auf Stellenbesetzungen etc).

Deshalb wird es von der Fraktion keine Zustimmung unter diesen Umständen geben.

Zu 3. führt Herr Wende aus, dass bereits mit der Erarbeitung und dem Beschluss zum Klimaschutzkonzept ein Klimaschutzbeauftragten gefördert werden sollte. Die Stelle ist auch im Stellenplan 2019 des Doppelhaushalts 2018/2019 enthalten gewesen.

Nicht fair ist nun, das Problem eines fehlenden Hochbauingenieurs mit dieser Stelle zu lösen. Der Antrag hätte dementsprechend gestellt werden müssen und wenn sich für die LPH 1 bis 9 kein Fachmann findet und sie deshalb in die LPH 1 bis 5 und 6 bis 9 gegliedert werden, hätte auch das begründet und beantragt werden müssen.

Die vollständige Wahrheit ist außerdem, dass es im Bereich Hochbau 3 freie Stellen gibt (beschlossene Hochbauingenieursstelle, die im Stellenplan verankerte Klimaschutzmanagerstelle und eine der am 31.12. in Rente gegangenen Stelle). Im Übrigen gibt es auch schon Bewerbungsgespräche. Er fühlt sich sehr belogen. Die Kiste stinkt und soll nun auch noch legitimiert werden.

Zu diesem TOP ist eine Vertreterin des Personalrates anwesend. Ihr wird einstimmig Rederecht erteilt.

Frau Meister weist auf die Regelung im Personalvertretungsgesetz hin, wonach § 92, dass der Personalrat (PR) bei der Stellenplanerweiterung mitwirkt. Sie ist stellv. Vorsitzende des PR. Auch der PR schätzt in der Personalabteilung einen ganz dringenden Bedarf ein und hat der Schaffung einer Stelle zugestimmt.

Das Mitwirkungsrecht ist dem PR auch deshalb eingeräumt, weil er schauen soll, ob die zu schaffenden Stellen im Stellenplan notwendig sind. Unnötige Stellenmehrungen, die zu unerwünschtem Personalüberhang führen können, sollen vermeiden werden.

Mit diesem Blick ist aufgefallen, dass der Klimaschutzmanager bereits im Stellenplan vorhanden ist. Darauf wurde hingewiesen.

Weiterhin, so Frau Meister, sei man mit dem Bürgermeister noch im Gespräch, ob auch andere Stellen betroffen sind, von der hier ausgeschriebenen Stelle bzw. deren Auswirkungen.

Für das Beteiligungsmanagement gab es die Einschätzung des PR, dass die Arbeitsaufgaben, die sich aus der Stadt heraus ergeben, eine Stelle ausfüllen. Das sich aber ein Mehrbedarf aus den öffentlich-rechtlichen Verträgen ergibt. Diese Verträge sind mit Kündigungsfristen belegt und vom Umfang noch nicht so weit belegt, um eine weitere Stelle zu rechtfertigen.

Nachdem der PR über den Willen und das politische Zeichen an die @see-Kommunen unterrichtet wurde, bittet er trotzdem verantwortungsvoll zu prüfen, ob diese Stellenmehrung hier erforderlich ist.

Frau Wagner stellt die noch nicht abzusehenden Herausforderungen und Folgen für die Stadt in den Vordergrund (Rückgang der Gewerbesteuern, Finanzausfall bei Einnahmen, bundesweit auf dem Weg in eine Rezession etc). Da zum jetzigen Zeitpunkt mit den genannten Risiken und unter Beachtung, dass unsere Stadt nie Geld für irgendetwas hat, hält die SPD-Fraktion es für verantwortungslos, jetzt 3 Stellen zu schaffen.

Die Zustimmung gibt es nur, wenn feststeht, wohin der Haushalt 2020 läuft, wie viele Einnahmeausfälle es gibt.

In der weiteren zum Teil kontroversen Diskussion melden sich Herr Fischer und auch Herr Fachtan zu Worte. Herr Fischer betont u.a., dass man in einer Fraktionsvorsitzendenrunde bereits im Dezember für die Schaffung der Stellen 1 und 2 sensibilisiert worden ist. Allerdings handelt es sich um kein legitimes und demokratisches Gremium, das Beschlüsse fassen kann. Insofern liegt heute der entsprechende Beschlussvorschlag in der SVV vor. Er kann nicht nachvollziehen, dass es heute zu Irritationen kommt und bekräftigt die Notwendigkeit der Stellenbesetzung. Sehr wohl wurde im Stadtentwicklungsausschuss mehrfach darauf hingewiesen, dass die Besetzung eines Hochbauingenieurs in zwei Stellen aufgeteilt wird (LPH 1-5 und LPH 6-9). Für die Beauftragtenstelle für Mobilität und Umwelt sieht er eine deutliche Aufwertung der Kompetenzen und ein Wirken für die gesamte Stadt.

Herr Fachtan geht darauf ein, dass tatsächliche Bedarfe in der Verwaltung u.U. auch mit der Maßgabe, die entsprechenden finanziellen Mittel bereitzustellen, gedeckt werden müssen. Insbesondere im Personalbereich sieht seine Fraktion die dringende Notwendigkeit, diese Stelle zu besetzen und den Bereich zu stärken.

Allerdings kann die AfD-Fraktion die Dringlichkeit bei der Besetzung des Beauftragten für Mobilität und Umwelt nicht nachvollziehen. Ebenso wie beim Beteiligungsmanagement. Hier befürwortet die Fraktion zwar die Kooperation mit den Umlandgemeinden fragt aber auch, ob die Kosten von den Gemeinden voll erstattet werden.

Der Bürgermeister führt aus, dass nicht davon auszugehen ist, dass die Stelle völlig im Rahmen der öffentlich-rechtlichen Verträge ausfinanziert wird. Aber mit der zweiten Stellen sollen u.a. auch Vertretungsregelungen geschaffen werden, die es bisher nicht gibt. Im Moment ist davon auszugehen, dass ca. die Hälfte der Kosten über die örVerträge gedeckt werden kann. Er geht noch einmal auf die Stelle des Mobilitäts- und Umweltmanagements ein und geht darauf ein, dass die Aufgabe des Klimamanagements eine Teilaufgabe in diesem Bereich sein wird.



Themen, die vor Ort interessieren wie Umweltschutz, Mobilität, Radverkehr, ÖPNV, Drehscheibe Bahnhof, Anbindung RE1 etc.

Er führt weiterhin aus, dass es die Stelle eines Klimaschutzmanagers nicht mehr unbesetzt im Stellenplan gibt. Vielmehr sind die Ausführungen von Herrn Wende bzw. von Herrn Sachse falsch. Es gibt/gab 3 Stellen in der FG Bau- und Liegenschaftsmanagement. Auf intensives Betreiben des FGL sind diese 3 Stellen bis einschließlich 31.12.2020 (Umwidmung einer VZ-Stelle (Klimaschutzmanager) für die Besetzung mit dem Hochbauingenieur LPH 1-5, mit dem Hochbauing. LPH 6-9, Mitarbeit auf 30 h-Basis befristet bis 31.12.2020 für das Projekt Jagdschloss) besetzt worden.

Herr Apitz resümiert aus der sich jetzt abzeichnenden Prognose, weiterhin weniger Einnahmen zu erzielen, dass vorsichtig agiert werden sollte, was die Besetzung einer Vollzeitstelle im Beteiligungsmanagement betrifft, die Sachbearbeiterstelle im Personalbereich wird befürwortet und die Stelle eines Mobilitäts- und Umweltmanagements ebenfalls.

Der Vorsitzende informiert, dass er über die drei Stellen getrennt abstimmen lässt. Es gibt keine Gegenrede.

Der Bürgermeister ergreift nochmals das Wort und führt zu den Fördermodalitäten für den Mobilitäts- und Umweltmanager aus, dass mit dem vorhandenen integrierten Klimaschutzkonzept maximal 3 Jahre die Möglichkeit besteht, einen Klimaschutzmanager zu beantragen. Beslossen wurde das Klimaschutzkonzept am 8.6.2017.

Frau Meister vom Personalrat geht noch einmal auf den Stellenplan ein, der ursprünglich in der Sitzung am 13.12.2018 Gegenstand war. Damals war eine Klimaschutzstelle mit der Stellenplannr. 4601012 enthalten und eine Hochbaustelle für das Jahr 2019 mit der Stellenplannr. 4601013. Zudem ist in 2019 eine Mitarbeiterin der FG ausgeschieden, wodurch eine weitere Stelle frei wurde.

Eine der beiden Hochbaustellen ist zwischenzeitlich besetzt. Die andere wurde ausgeschrieben, die Ausschreibung ist noch nicht abschließend durchlaufen, eine Stellungnahme/Entscheidung des Personalrates steht noch aus. Die Stellenbesetzung 4601012 ist noch offen, so die Kenntnis des PR.

Herr Geike kritisiert die Ausführungen des Bürgermeisters der da offensichtlich meint, nur seine Worte und seine Wahrheit die richtige sind. Dabei wird die wirtschaftliche Situation der Stadt völlig verkannt, viele Unternehmen kämpfen ums nackte Überleben. Deshalb sein Statement – nicht so tun, als wenn finanzielle Mittel zu verteilen wären, sondern noch drei bis vier Monate warten, wie sich die Situation entwickelt. Ggf. gibt es auch vom Land für die Kommunen Unterstützung.

Frau Fiedler möchte wissen, ob der Landkreis Fürstenwalde schon zur finanzschwachen Kommune erklärt und ob mit den anderen Kommunen gesprochen wurde, ggf. eine Honorarkraft für die Erfüllung der örVerträge zu beschäftigen.

Der Bürgermeister berichtet zum Stand finanzschwache Kommune, dass sich seit Ende der vergangenen Woche um ein entspr. Schreiben bemüht wird.

Wie mit Honorarkräften gearbeitet werden kann (rechtsicher für Beteiligungsmanagement) darüber gibt es zurzeit keine Überlegungen.

Die andauernde Diskussion veranlasst Herrn Hamacher zu einem GeschO-Antrag auf Ende der Debatte. Diesem Antrag wird mit 12 Ja- und 9 Gegenstimmen, 4 Enthaltungen entsprochen. Von der Fraktion DIE LINKE kam vorher der Antrag, eine Beratungspause einzulegen. Die Sitzung wird für 5 Minuten unterbrochen.

Nach der Pause kritisiert Herr Wende das Chaos im Stellenplan, das nicht durch die DS bereinigt wird. Das kann nur durch ein ordnungsgemäßes Verfahren, den Nachtragshaushalt, gewährleistet werden.

Er beantragt, die DS heute abzulehnen. Gleichzeitig soll der Bürgermeister beauftragt werden, zeitnah einen Nachtragshaushalt vorzulegen, in dem alle Veränderungen des Haushalts dargelegt werden.

Der Vorsitzende lässt zunächst über den weiterführenden Antrag, die DS, abstimmen.

### **Beschluss:**

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree beschließt die 1. Stellenplanänderung – Erweiterung des Stellenplanes um 3,0 VzÄ - zum Stellenplan 2020;

Stellenbesetzung Mobilitäts- und Umweltmanagement:

**Zustimmung: 13 Ja            10 Nein            1 Enthaltung    0 Befangen**

(Frau Niels hatte den Saal kurz verlassen).

Stellenbesetzung Beteiligungsmanagement:

**Zustimmung: 15 Ja            9 Nein            1 Enthaltung    0 Befangen**

Stellenbesetzung Sachbearbeiter Personal:

**Zustimmung: 16 Ja            9 Nein            0 Enthaltung    0 Befangen**

### **TOP 4.8    Jahresbericht zum Vollzug des Haushaltes 2019**

**7/IV/123**

Es gibt keine Nachfragen oder Anmerkungen.

### **Kenntnisnahme**

#### **TOP 4.9    Beschluss über die künftige Sitzungsdurchführung im Rahmen der COVID19-Pandemie**

Der Vorsitzende berichtet über eine Vorlage der Regierungskoalition, wie künftig die Arbeit der Gremien aufrechterhalten und die im Landtag beschlossen und mit sofortiger Wirkung in Kraft treten wird.

Der Bürgermeister stellt mit weiteren technischen Möglichkeiten bei einer Präsenzsitzung auch zusätzliche Kosten in Aussicht.

Herr Wende spricht sich unbedingt dafür aus, so wenig wie möglich Demokratieabbau zu betreiben.

Herr Sachse spricht sich dafür ebenfalls aus und meint, die gewählten VertreterInnen dürfen die demokratischen Grundrechte (z.B. auf Öffentlichkeit der Sitzung) nicht negieren und müssten auch und besonders in Zeiten von Krisen mit gutem Bsp. vorangehen.

Herr Geike weist darauf hin, dass aus seiner Fraktion KollegInnen fehlen, die der Risikogruppe zuzuordnen sind. Deshalb sollte eine Abstimmung spiegelbildlich abgebildet werden.

Herr Wende betont, dass es auch andere Gründe gibt, warum ein Mandat gerade jetzt nicht ordnungsgemäß ausgeübt werden kann. Man müsse die Voraussetzungen schaffen, dass möglichst viele VertreterInnen den Einladungen folgen können.

Frau Behrmann unterstützt diesen Hinweis und meint, man hätte eine gegenseitige Fürsorge und Rücksichtspflicht und wäre den demokratischen Prozessen verpflichtet und muss sein Mandat wahrnehmen. Die demokratischen Grundrechte müssen weiterhin Bestand haben und dürfen nicht ausgehebelt werden.

Der Bürgermeister hat u.a. gleich eine Frage, die sich möglicherweise auf eine der nächsten Sitzungen bezieht. Es geht um das Thema Grundstücksangelegenheit Roteichen/Ecke Bahnhofstraße. Eine Familie hatte signalisiert, dass sie an einem Tausch (Ketschendorfer Feldmark) nicht mehr interessiert war und einer Vermarktung des Grundstücks in der Ketschendorfer Feldmark zugestimmt. Nunmehr würde diese Familie der Stadt das Grundstück Bahnhofstraße andienen. Er fragt, ob der Sachverhalt einen Beschluss benötigt oder der Kaufvertrag geschlossen werden kann. Die Mehrheit spricht sich für die Erarbeitung einer DS zur nächsten Sitzung aus.

## **TOP 5      Behandlung von Anfragen von Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung**

Frau Fiedler hat eine Anfrage, die möglicherweise nicht sofort beantwortet werden kann. Sie bittet deshalb um eine schriftliche Antwort und möchte wissen, wie viele Unternehmen momentan ihre Tätigkeit eingestellt haben, wie viele Menschen/Arbeitnehmer davon bzw. von der Kurzarbeit betroffen sind und mit wie vielen Einnahmeausfällen für die Stadt zu rechnen ist. Außerdem greift sie die Medieninformationen auf, wonach die Fälle häuslicher Gewalt angestiegen sind. Sie fragt, ob das in unserer Stadt auch der Fall ist und welche geeigneten Maßnahmen dagegen unternommen werden (z.B. Tierpark und Parks wieder öffnen).

Der Bürgermeister berichtet, dass sowohl zur Frage eins als auch zur Frage zwei derzeit keine verlässlichen Zahlen/Meldestatistik vorliegen. Des Weiteren informiert er, dass die Stadt allein nicht über die Lockerung der Kontaktsperre befindet und fragt, wie man die Information Frage 1, wenn es sie denn gäbe, überhaupt verwerten könne. Er bittet, die Kanäle in die Landespolitik zu nutzen.

Frau Bargenda bittet um Auskunft, wie die Situation in der Verwaltung und in der Stadt momentan ist und wie die Arbeitsfähigkeit gewährleistet werden kann. Herr Saliter möchte wissen, was bezüglich möglicher Obdachloser unternommen wird. Herr Rudolph berichtet, dass es in der ODU gegenwärtig keine Kapazitäten mehr gibt. Vielmehr muss bei einem zusätzlichen Bedarf auf die Unterstützung der Wowi zurückgegriffen werden.

Herr Rudolph informiert, dass zur Aufrechterhaltung einer arbeitsfähigen Verwaltung zwei Teams (grün unter seiner Leitung, orange unter Leitung von Herrn Wichary im Schichtdienst) gebildet wurden, damit der Betrieb unter den momentanen Pandemie-Eindämmungsmaßnahmen weiterläuft. D.h. sämtliche Aufgaben sind unter der Maßgabe geprüft wurden, welche unbedingt sicherzustellen sind. Alle Mitarbeiter können weiterhin arbeiten, rd. 100 Homeoffice-Arbeitsplätze wurden geschaffen, Ausstattung mit Diensthandy etc. Des Weiteren wird vieles papierlos erledigt, eingescannt und per E-Mail bzw. online-Verteilung.

Der Landkreis ist im Rahmen des Infektionsschutzgesetzes die ausführende Instanz und er bittet die Stadt in Amtshilfe, die notwendigen Maßnahmen umzusetzen. D.h. das Ordnungsamt in Kooperation mit der Polizei, wurde verstärkt. In der Bevölkerung gab es in den letzten Wochen im Großen und Ganzen Verständnis und konstruktive Hinweise, deshalb konnte auf Sanktionen/Bußgelder bislang verzichtet werden. Für die bevorstehenden Osterfeiertage wird es verstärkt Kontrollen auch durch die Feuerwehr geben. In diesem Zusammenhang erwähnt er, dass es auch aufgrund der erhöhten Waldbrandstufe keine Osterfeuer geben wird.

Die Sport/Spielgeräte und der Fitnesspfad stehen gegenwärtig ebenfalls nicht zur Verfügung. Herr Rudolph informiert weiterhin über das geplante Stadtfest, dass es Verhandlungen mit der beauftragten Agentur/Künstlern gibt, zu einem späteren Zeitpunkt aufzutreten, da davon auszugehen ist, dass es abgesagt wird. Großveranstaltungen dieser Art werden sicherlich als letztes wieder ermöglicht.

Herr Wende fragt, ob nunmehr bekannt ist, wie hoch die Mehrkosten für die Umplanung in der Lindenstraße ausfallen und wer sie trägt.

Herr Rudolph informiert, dass derzeit nicht von Mehrkosten auszugehen ist, weil der AN Schadensersatz geltend machen will, für die nicht Anspruch genommenen Leistungen. Vielmehr wird momen-

tan geprüft, welche Leistungen noch ausgereicht werden können, um eben nicht für Nichtinanspruchnahme Schadensersatz zu leisten.

Frau Krüger verweist auf einen Facebook-Auszug/Kommentar (Tischvorlage), der in einer völlig neuen Qualität einen sachkundigen Einwohner ihrer Fraktion verunglimpft. Der Kommentar ist von einem CDU-Mitglied/sachkundigen Einwohner und sie bittet eindringlich, um eine Antwort, wie es dazu kommen konnte.

Herr Geike berichtet, dass er diese Meldung erst seit heute kennt und er bittet um Verständnis, dass es in der Fraktion zunächst eine Aussprache geben wird.

## **TOP 6      Schließung der Sitzung**

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 21.40 Uhr. Er dankt für die Disziplin und den konstruktiven Austausch.

Die Niederschrift umfasst 12 Seiten.

Uwe Koch

Franka Koch

---

Vorsitzender

---

Schriftführerin